

Standortentwicklung

Vom ehemaligen MfS-Areal zum Campus für Demokratie

Der Block mit dem Gebäudekomplex des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) in Berlin-Lichtenberg ist ein wichtiger Ort für die Entwicklung des Stadtumbau- und Sanierungsgebiets Frankfurter Allee Nord. Als Ort der Täter*innen entfaltet er sowohl eine lokale wie internationale zeitgeschichtliche Bedeutung.

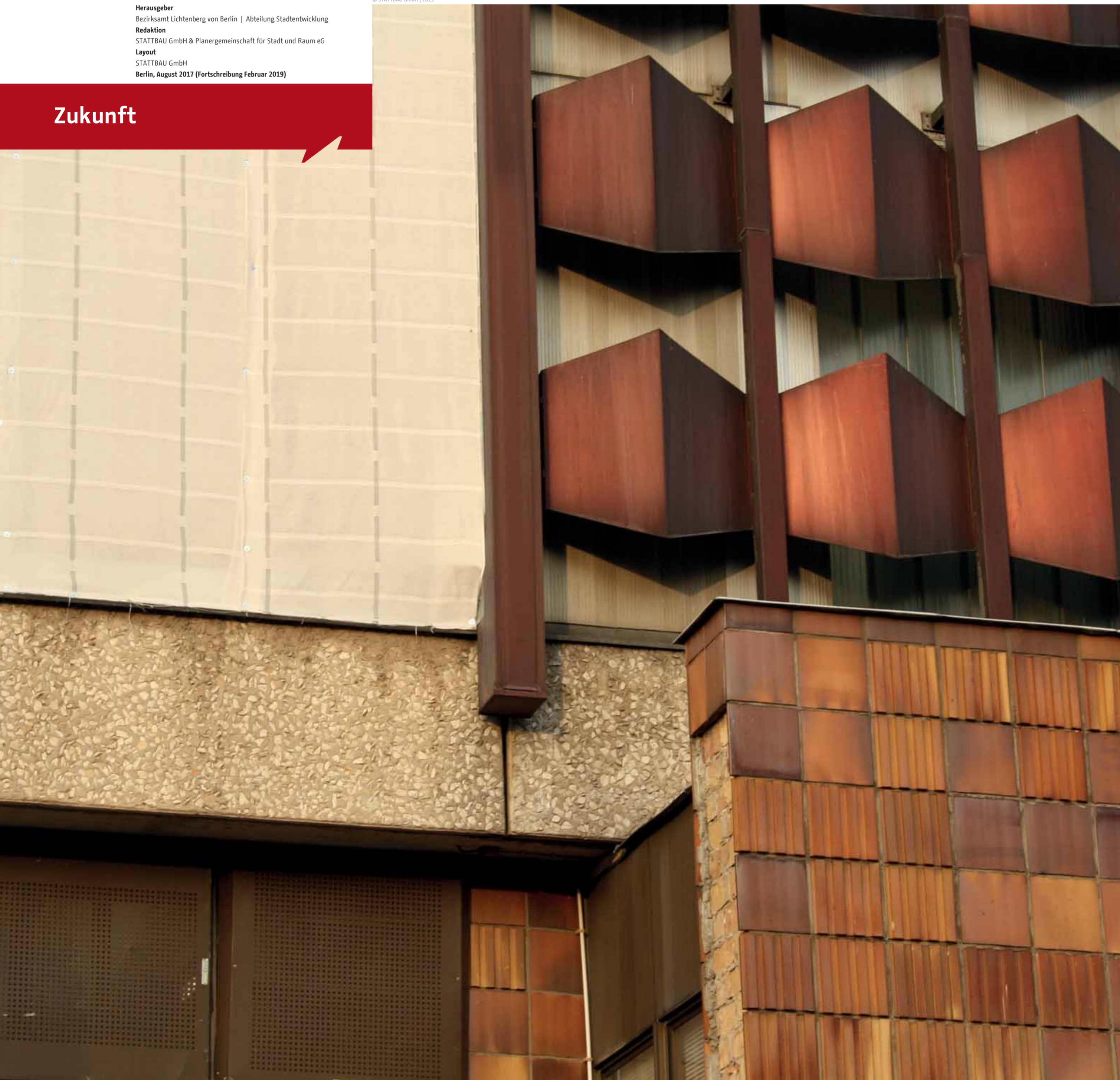
In den vergangenen Jahren sind verschiedene Planungen und Konzepte für das Areal erarbeitet worden. Aufgrund der Vielfalt der Eigentümer*innen und Akteur*innen mit unterschiedlichen Interessen und Aktivitäten, ist eine gezielte Koordination erforderlich.

Das Leitbild für die Gesamtentwicklung bildet der Gedanke „vom Ort der Repression zum Campus für Demokratie“.

Herausgeber
Bezirksamt Lichtenberg von Berlin | Abteilung Stadtentwicklung
Redaktion
STATTAU GmbH & Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG
Layout
STATTAU GmbH
Berlin, August 2017 (Fortschreibung Februar 2019)

© STATTAU GmbH | 2015

Zukunft



Campus für Demokratie

Politische Rahmenbedingungen

Im Jahr 2012 ist die Idee für einen „Campus für Demokratie“ durch den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) erstmals der Öffentlichkeit präsentiert worden. Der Ort soll im öffentlichen Bewusstsein verankert werden. Im Fokus stehen die gesellschaftliche Relevanz und Ausstrahlungskraft sowie die Öffnung eines jahrzehntelang für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Ortes. Die gesellschaftlichen Dimensionen des „Campus für Demokratie“ sind Politik, Dokumentation sowie Forschung, Bildung, Vermittlung und Auseinandersetzung.

Mit der Funktion als Zentrum des repressiven inländischen Unterdrückungsapparats sowie der Auslandsespionage und der Art der Ansiedlung – dem Raumgreifen in die Stadt ohne öffentliche und demokratische Legitimation – ist der frühere Ministeriumsstandort das gebaute Abbild eines autoritären Systems.

Beschlüsse des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses bestätigen und konkretisieren die Absicht einen „Campus für Demokratie“ zu schaffen.

» Erinnerungskultur erlebbar machen

... Für eine neue Gedenkkultur suchen wir den Dialog mit Opfergruppen, stärken das Thema in der politischen Bildung und werden die Entwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normannenstraße zu einem Gedenkort für Demokratie unterstützen.

... Die Koalition begrüßt die Weiterentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normannenstraße zu einem Campus für Demokratie. «

Auszüge aus der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2016-2021

» Erinnerungs- und Gedenkkultur weiterführen

... Der Senat plant, künftig gemeinsam mit der Bundesregierung, das Robert-Havemann-Archiv dauerhaft zu fördern und unterstützt den Bund bei dessen Planung hinsichtlich der Ansiedlung am projektierten „Campus der Demokratie“. «

Auszug aus den Richtlinien der Regierungspolitik 2016-2021

» Campus für Demokratie auf den Weg bringen

... Der Senat wird aufgefordert, [...] ein Standortmanagement einzurichten, das die Interessen der verschiedenen ansässigen Institutionen und der Eigentümer der Immobilien auf dem Campus bündelt, ein gemeinsames Konzept erarbeitet und die Umsetzung vorbereitet. ... «

Auszug aus dem Abgeordnetenhausbeschluss vom 22.3.2018



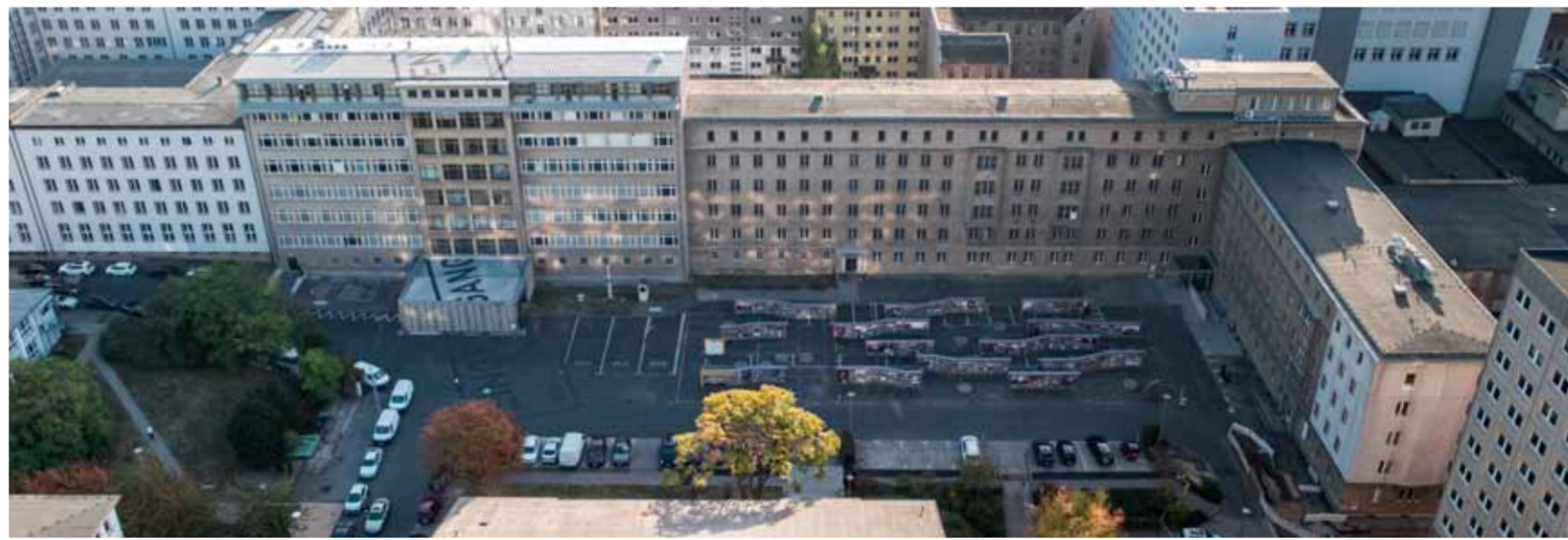
Haus 1 | Kunst am Bau



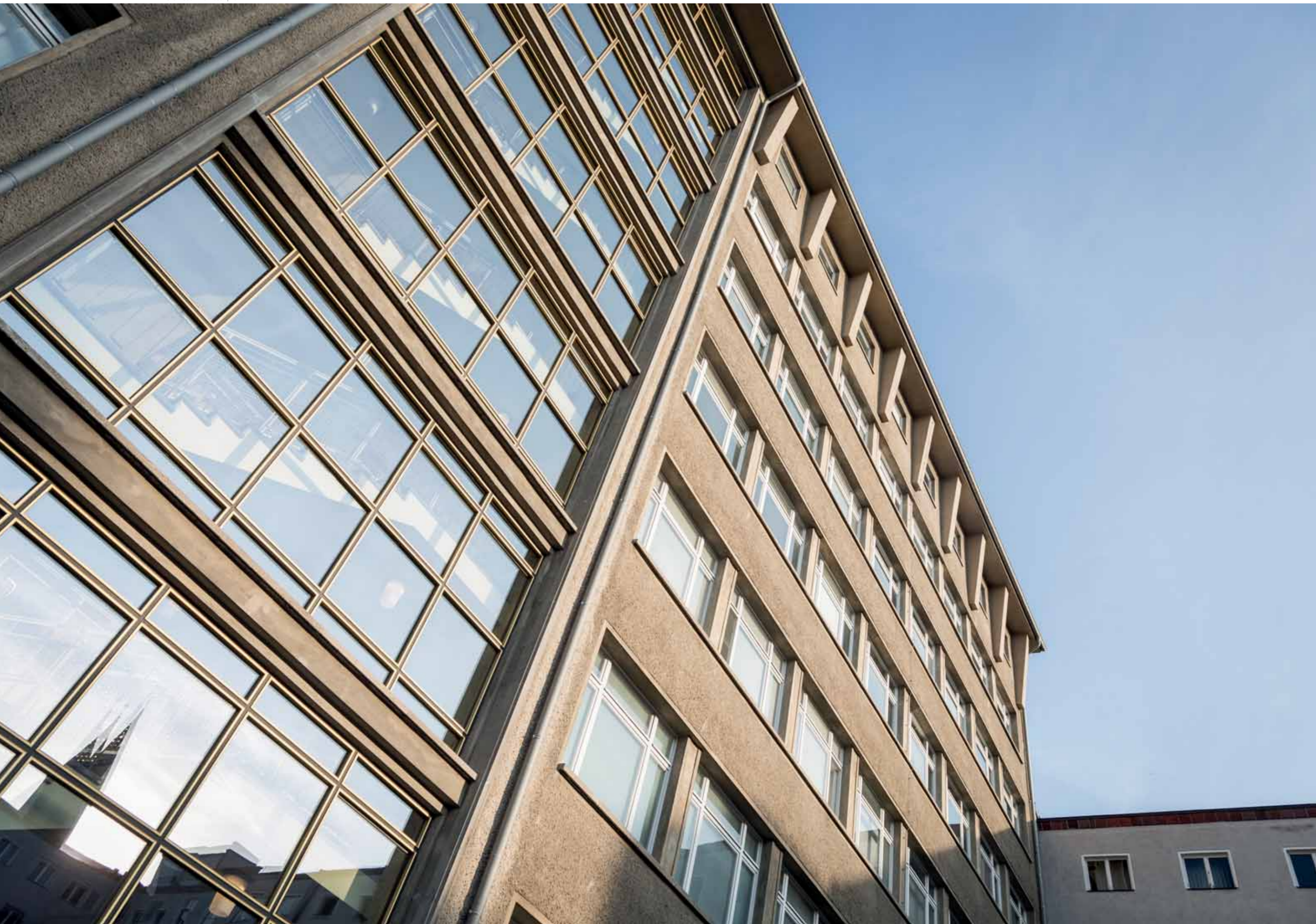
Dauerausstellung „Einblick ins Geheime“ in Haus 7



Zeitzeugengespräch mit Schüler*innen



Kern des Campus für Demokratie



Campus für Demokratie

Planungen und Nutzungsideen

Öffentliche Eigentümer*innen

Die Bundesrepublik Deutschland plant die Zusammenlegung von Akten aus Beständen des Bundesarchivs und der Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR in Lichtenberg. Dazu ist der **Neubau eines ArchGebäudes** geplant, das neben Archiv- und Ausstellungsräumen auch Lesesäle, Werkstätten, ein Digitalisierungszentrum sowie Büroräume vorsieht. Für die Zusammenlegung der Bestände des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) werden zusätzliche Flächen benötigt. Dafür ist der südöstliche Teil des Blockes an der Frankfurter Allee vorgesehen. Ein zentrales **Informations- und Veranstaltungszentrum** wird nach Sanierung im Haus 22 entstehen.

Berlin unterstützt das Vorhaben des Bundes. Allerdings besteht weiterhin ein erheblicher **Bedarf an Atelierfläche** für die Berliner Kunstszene. Hierzu werden deshalb Möglichkeiten am Standort geprüft.

Das **Finanzamt** bleibt mit unverändertem Raumbedarf auf dem nordöstlichen Teil des Geländes angesiedelt.

Private Eigentümer*innen

Für die Häuser 15, 16 und 18 plant die Eigentümerin unterschiedliche **gewerbliche Nutzungen**.

Das **Ärztzentrum** erhält einen zusätzlichen Neubau im Bereich des Hauses 19.3. Zudem ist der Ausbau der Bestandsgebäude vorgesehen.

Die **Wohnnutzung** in den Häusern 3, 4 und 5 an der Magdalenenstraße bleibt bestehen. Im Zuge der Qualifizierung des Blockinnenbereichs ist eine prägnante Unterscheidbarkeit zwischen privater und öffentlicher Nutzung angestrebt.

Nutzer*innen

(Aufarbeitungs- und Opferverbände)

Das im Haus 1 etablierte **Stasi-Museum des Astak e.V.** ist ein Ankerpunkt des Areals mit anhaltend wachsender Besucherfrequenz. Die BStU bietet mit der Ausstellung über das Stasi-Archiv und der Freiluftausstellung über die friedliche Revolution 1989/90 Einblicke in die Strukturen und das Ende der SED-Diktatur.

Von der **Robert-Havemann-Stiftung** wird die Notwendigkeit der aktiven Transformation und des Herstellens von attraktiven Zwischenstadien auch während Bauphasen betont. Dazu gehören die Beleuchtung, die Parkplatzsituation und Verkehrssicherheit, die Beschilderung und Freiraumgestaltung.

Das **Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V.** bietet regelmäßig Führungen zur historischen Bedeutung des Geländes an. Perspektivisch sollen die Führungen durch die Einbeziehung von erhaltenen Sachzeugen erweitert werden.



© BStU / Dreesen | 2013

Archiv des BStU



© Christian Muhrbeck | 2017

Informationszentrum Haus 22



© Christian Muhrbeck | 2017

Ärztzentrum



© Christian Muhrbeck | 2017

Haus 15.1



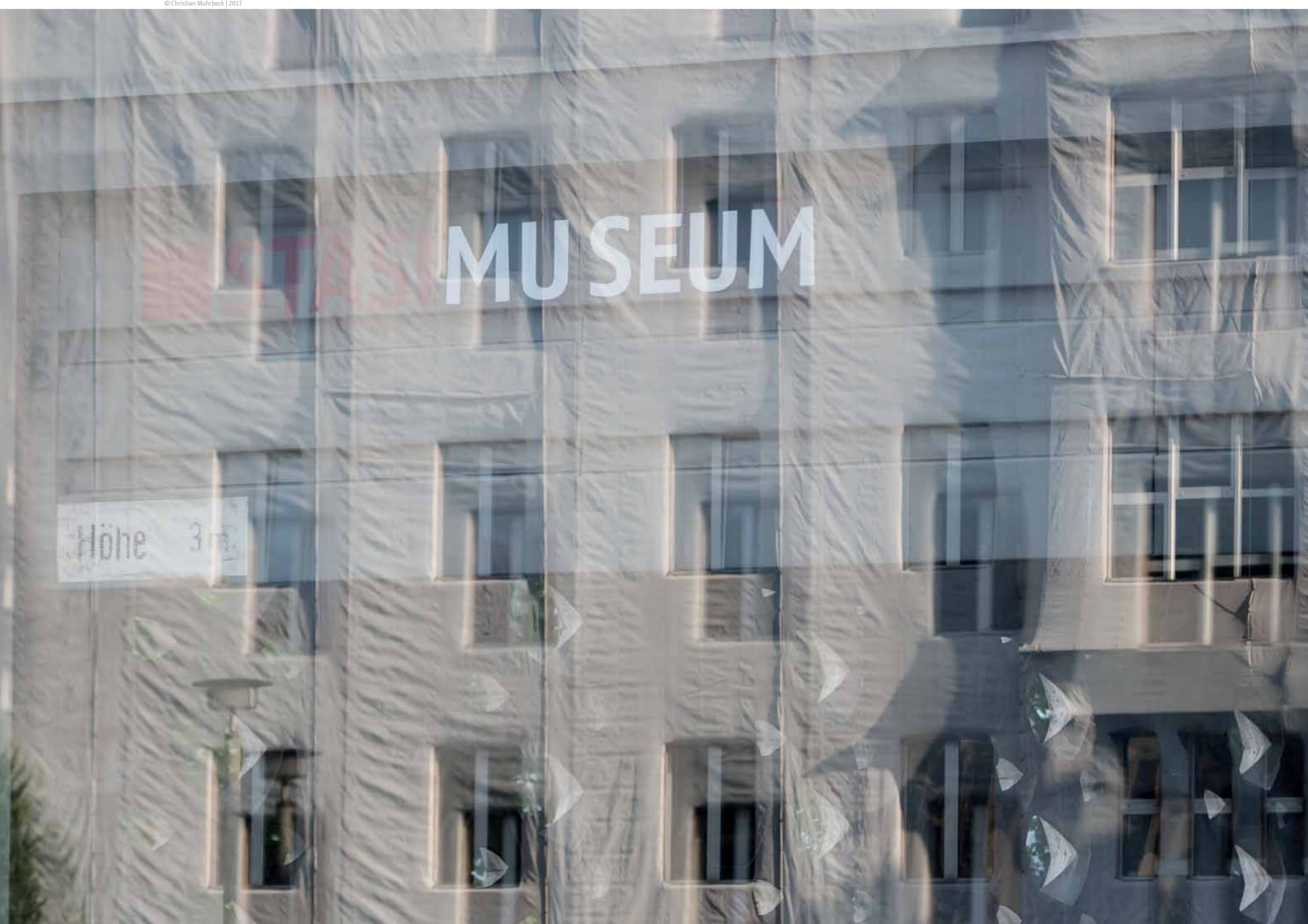
© Christian Muhrbeck | 2017

Südöstliche Teil des Blockes: Häuser 12-14



© Christian Muhrbeck | 2017

Wohnnutzung in der Magdalenenstraße



Campus für Demokratie Standortkonferenzen

1. Standortkonferenz | 2017

Um gemeinsame Entwicklungsstrategien für die ehemalige Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zu diskutieren, trafen sich im August 2017 hochrangige Vertreter*innen des Berliner Senats sowie mehrerer Bundesbehörden zu einer Standortkonferenz. Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, beschrieb das Ziel der Standortkonferenz wie folgt: „Um die Stagnation bei der Entwicklung des historisch bedeutenden Standorts rund um die Zentrale des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit zu beenden, ist eine weitergehende Abstimmung zu den unterschiedlichen Konzepten und Konzeptbausteinen erforderlich, an denen Verwaltungen und öffentliche Institutionen derzeit arbeiten. Dazu sollen konkrete Schritte verabredet und Verantwortlichkeiten für den weiteren Prozess geklärt werden.“

Bei Rundgängen über das Gelände wurde deutlich, dass es bereits zahlreiche Initiativen gibt, das Gelände zu entwickeln. Einig waren sich die Beteiligten der Standortkonferenz, dass der Vorschlag des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, hier einen „Campus für Demokratie“ zu etablieren, der zeitgeschichtlichen Bedeutung des Ortes gerecht wird und sich gut mit weiteren Nutzungen verbinden lässt. Dabei sollten die beteiligten Institutionen eine angemessene Teilverantwortung tragen.

Als Ergebnis der Konferenz wurde die Einrichtung eines Standortmanagements verabredet, das sich institutionenübergreifend für die Entwicklung des Blockes einsetzt.

2. Standortkonferenz | 2018

Mit einer 2. Standortkonferenz im September 2018 wurden private Eigentümer*innen und die auf dem Gelände ansässigen Aufarbeitungs- und Opferverbände in den Diskussionsprozess einbezogen. Sie erörterten zusammen mit den öffentlichen Institutionen Ziele und Entwicklungsabsichten auf den verschiedenen Grundstücken. Ideen für die Schärfung des Leitbildes „Campus für Demokratie“ wurden ausgetauscht und bereits vorhandene planerische Absichten vorgestellt. Einig waren sich die Anwesenden auch darüber, dass private Entwicklungsabsichten ermöglicht werden sollen, diese sich aber in das Gesamtkonzept einfügen müssen.

Das Leitbild „Campus für Demokratie“ fand bei den Konferenzteilnehmer*innen allgemeine Zustimmung. Zugleich bestand Bedarf an der weiteren Ausformulierung der Inhalte, des räumlichen Umgriffs, der städtebaulich-nutzungsstrukturellen Anforderungen und des Verfahrens zu deren Erarbeitung.

In weiteren Standortkonferenzen soll der begonnene Dialog, nunmehr um die Stadtgesellschaft erweitert, fortgesetzt werden.



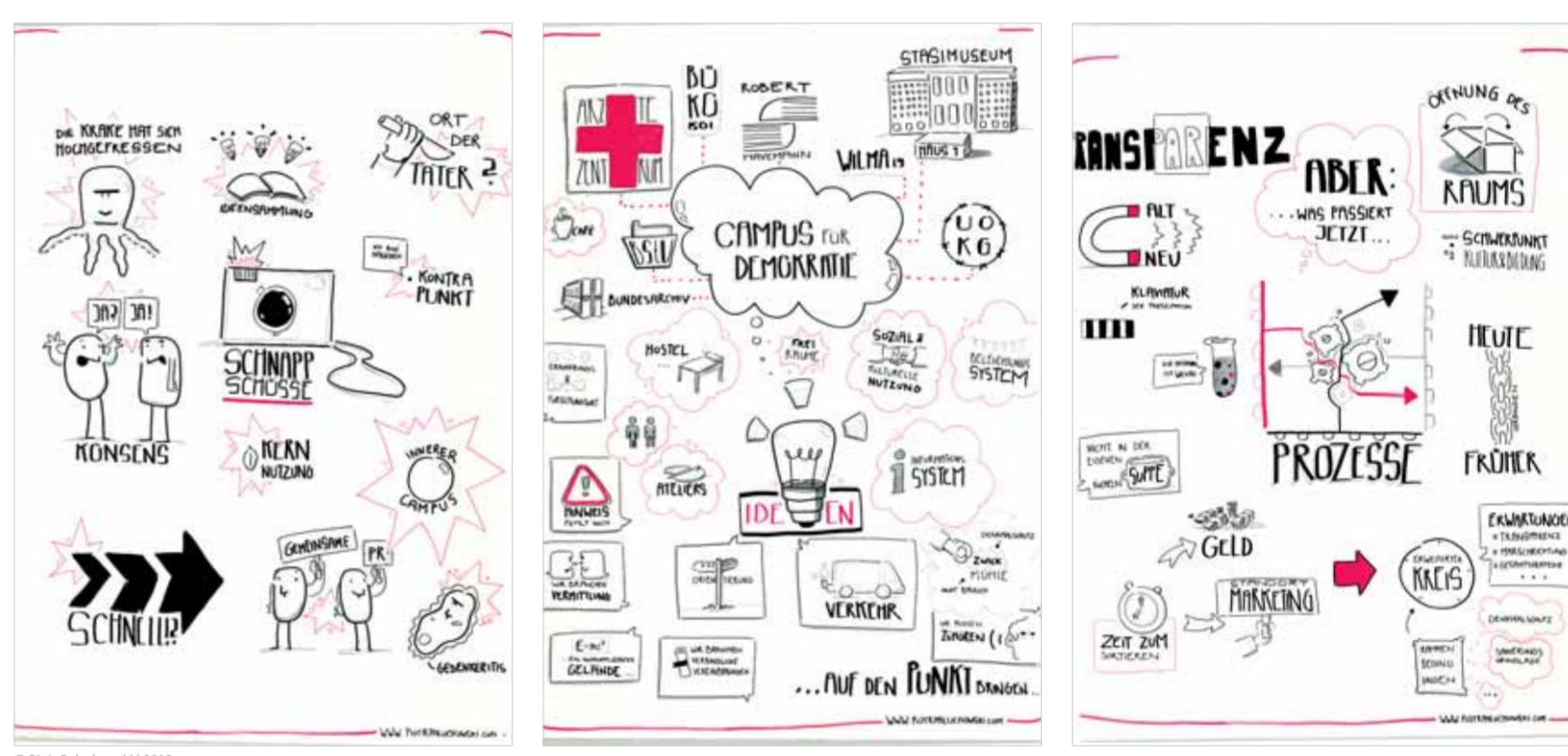
© Gabriele Heinzl | 2017
Graphic Recording der 1. Standortkonferenz



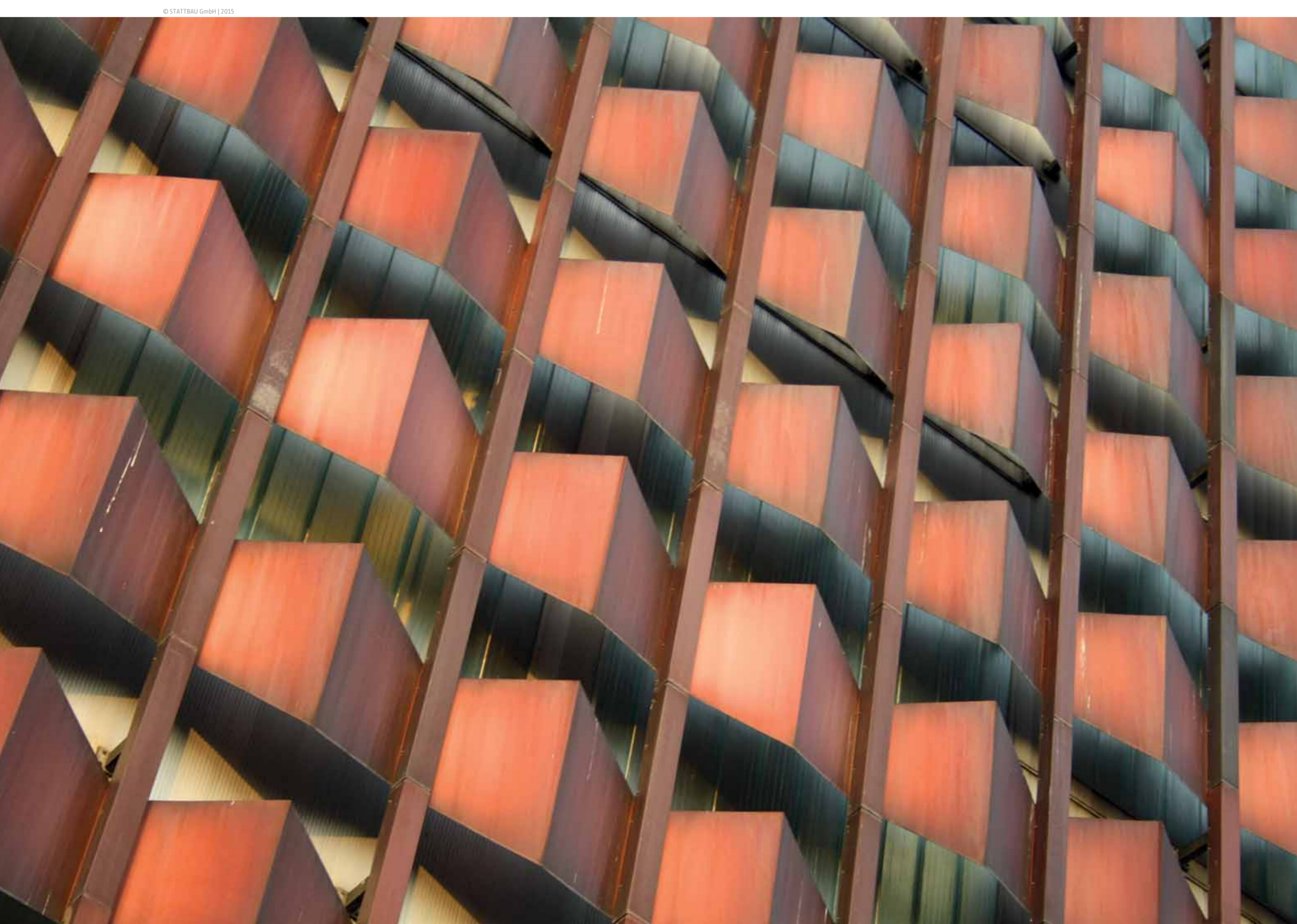
© Urbanizers Büro für städtische Konzepte | 2017
Teilnehmer*innen der 1. Konferenz



© Urbanizers Büro für städtische Konzepte | 2017
v.l.n.r.: Bezirksbürgermeister Michael Grunst, Senatorin Katrin Lompscher, Bundesbeauftragter Roland Jahn, Senator Klaus Lederer



© Piotr Paluchowski | 2018
Graphic Recording der 2. Standortkonferenz



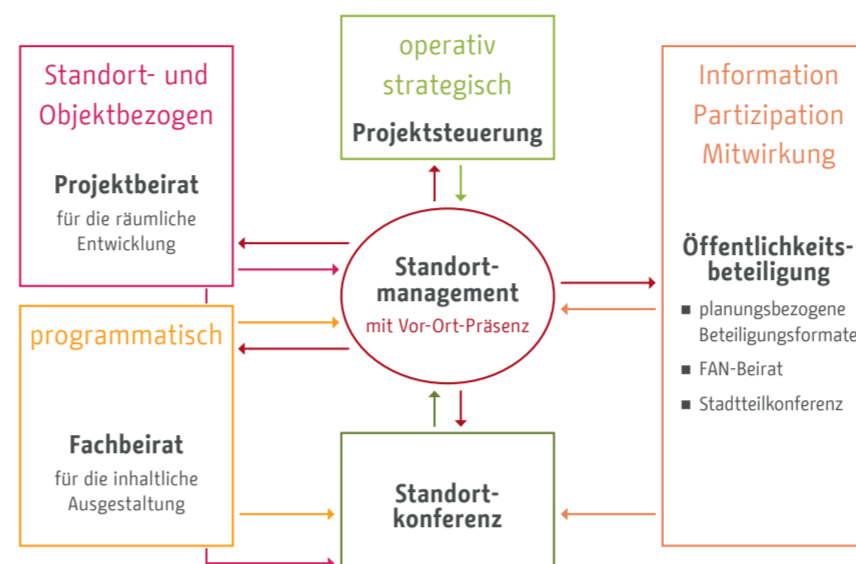
Campus für Demokratie

Integrativer Entwicklungsprozess

Standortmanagement

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat im März 2018 beschlossen, das ehemalige MfS-Areal als „Ort der Erinnerung, des Gedenkens, der historischen Forschung und der politischen Bildung“ zu entwickeln. Der Senat hat auf dieser Grundlage und als Ergebnis der 1. Standortkonferenz ein Standortmanagement eingerichtet, das sich institutionsübergreifend für die Entwicklung des Standortes einsetzen soll.

Mit der Durchführung des Standortmanagements wurde die **Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG** beauftragt, die mit einem Vor-Ort-Büro im Haus 7 am Standort präsent ist.



Beteiligungsstrukturen



© Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG | 2019

Team des Standortmanagements: v.l.n.r.: Thomas Krahl, Dirk Maier, Dirk Spender, Udo Dittfurth

Beteiligungsstrukturen: Projekt- und Fachbeirat

Die Empfehlungen der Beiräte geben dem Standortmanagement wesentliche Orientierungen für die Koordinierung der planerischen Absichten auf dem Gesamtareal.

Der **Projektbeirat** versteht sich als Informations- und Resonanzgremium für die räumliche Entwicklung des ehemaligen MfS-Areals in Lichtenberg. Im Beirat tauschen sich Vertreter*innen aller privaten und öffentlichen Immobilieneigentümer*innen sowie der Bezirks- und Senatsverwaltungen über die städtebauliche Entwicklung und Nutzung aus. Dabei wird über Themen zur Standortentwicklung, ein städtebauliches Leitbild, Bauprojekte und Kooperationsmöglichkeiten beraten.

Der **Fachbeirat** beschäftigt sich mit der fachlich-inhaltlichen Qualifizierung des „Campus für Demokratie“ sowie den damit zusammenhängenden Fragen der organisatorischen Struktur. Dazu gehört die geschichts- und erinnerungspolitische Verortung sowie die Verständigung über den potentiellen Flächenbedarf der Nutzer*innen gegebenenfalls unter Neuordnung der bestehenden Situation und der Nutzung möglicher Synergieeffekte.



© BSRU / Gröbe | 2017

Zu erreichen ist das Standortmanagement per E-Mail: standortmanagement-campus@planergemeinschaft.de



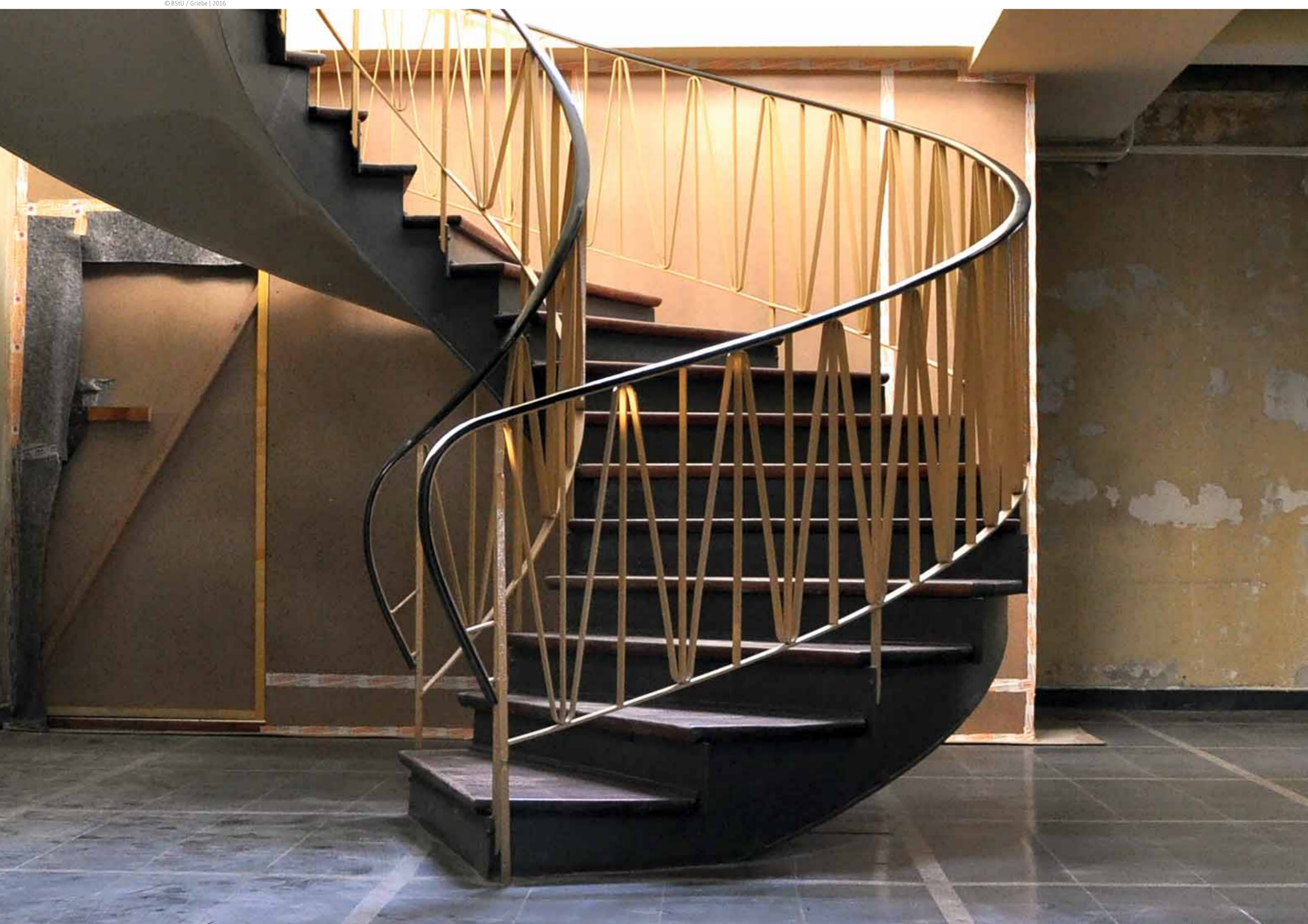
© Christian Muhrbeck | 2017

Fassade Haus 15



© Christian Muhrbeck | 2017

Panorama Hof E



Campus für Demokratie

Weitere Schritte

Weitere planerische Schritte in 2019:

Charta „Campus für Demokratie“

- » Vereinbarung der Akteure zu einer gemeinsamen Entwicklung des Blockes

Integriertes Stadtentwicklungskonzept

- » Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) aus dem Jahr 2014 für das Stadtumbau- und Sanierungsgebiet Frankfurter Allee Nord
- » Konkretisierung und Aktualisierung der Sanierungsziele für den Block

Verkehrskonzept

- » Erarbeitung eines Verkehrs- und Stellplatzkonzeptes für den gesamten Block bzw. Zusammenführen der bestehenden Konzepte zu einem Gesamtplan

Informations- und Wegeleitsystem

- » Entwicklung eines einheitlichen Informations- und Wegeleitsystems für den Block und das nahe Umfeld

Beleuchtung Eingangsbereiche

- » Installation eines Beleuchtungssystem (vorerst provisorisch) am südlichen Zugang des Blockes an der Frankfurter Allee

